



Berlin, 18.8.2021, Sperrfrist 16.00 Uhr

Menschen in Afghanistan nicht im Stich lassen!

FORUM MENSCHENRECHTE trifft Außenminister Maas zum Gespräch

In einem Gespräch mit Außenminister Heiko Maas am 18. August 2021 forderte das FORUM MENSCHENRECHTE, die bedrohten Menschen in Afghanistan zu schützen. Themen des Gesprächs waren eine menschenrechtskonforme europäische und deutsche Asyl- und Migrationspolitik sowie Autonome Waffensysteme und der Umgang mit Anwendungen der Künstlichen Intelligenz.

Das Forum fordert, Menschenrechte glaubwürdig zu verteidigen, auch an den EU-Außengrenzen. Jochen Motte, Mitglied im Koordinationskreis, erklärte: „Wenn tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken und Hilfe unterlassen oder behindert wird, sind Ermahnungen an andere Staaten, Menschenrechte zu achten, wenig glaubwürdig.“

Afghanistan: Menschenrechtsaktivist*innen jetzt schützen!

In dem Gespräch wurde die eskalierende Lage in Afghanistan thematisiert. „Neben der notwendigen und viel zu spät eingeleiteten Evakuierung der Ortskräfte muss es auch für alle gefährdeten Menschen aus langjährigen Kooperationen sowie besonders bedrohte Aktivist*innen und Journalist*innen ein Aufnahmeprogramm geben“, so Elise Bittenbinder, Mitglied des Koordinationskreises. Der Schutz von Frauen muss dabei besondere Priorität haben. Die Bundesregierung hat auf die dringenden Appelle der letzten Monate, die bedrohten Menschen in Afghanistan zu schützen, völlig unzureichend reagiert. Die Hintergründe dieses Versagens der Bundesregierung müssen aufgeklärt werden.

„Die bisherigen Evakuierungspläne der Bundesregierung für gefährdete Afghanen greifen zu kurz“, erklärte auch Günter Burkhardt, Mitglied des Koordinationskreises, und machte besonders auf das Thema Familiennachzug aufmerksam. „Nicht nur die Ortskräfte, auch die Angehörigen von in Deutschland lebenden Schutzberechtigten sind in großer Gefahr - Familien, die seit Jahren auf den Familiennachzug warten, der ihnen rechtlich zusteht. Wir fordern deshalb ein unbürokratisches Sofortprogramm für die Aufnahme von Familienangehörigen von in Deutschland lebenden Schutzberechtigten.“

Internationaler Verbotsvertrag für Autonome Waffensysteme

Die Mitglieder des Koordinationskreises begrüßten im zweiten Teil des Gesprächs das Bekenntnis des Auswärtigen Amtes zu einem Verbot von Autonomen Waffensystemen, forderten aber die Bundesregierung dringend auf, sich für einen neuen internationalen Verbotsvertrag einzusetzen. „Die Bundesregierung muss sich bis zu einem Verbotsvertrag um

ein weltweites Moratorium gegen diese Waffensysteme bemühen“, forderte Julia Duchrow, Mitglied des Koordinationskreises.

Deutlichen Nachbesserungsbedarf sieht das FORUM MENSCHENRECHTE bei dem Entwurf der EU-Kommission für eine Regulierung von Künstlicher Intelligenz. „Anwendungen von Künstlicher Intelligenz, die unvermeidbare Risiken für Menschenrechte mitbringen, müssen explizit verboten werden“, erklärt Julia Duchrow. Dazu gehören beispielsweise Gesichtserkennungstechnologie an öffentlichen Plätzen, Emotionserkennung und „social scoring“.

Kontakt: Günter Burkhardt (gb@proasyl.de, 0171-9309484)

Dr. Julia Duchrow (julia.duchrow@amnesty.de, 0151-52702178)

Dr. Jochen Motte (motte-j@vemission.org, 0173-2866077)